presse

AG Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Zum Weltverhütungstag: Selbstbestimmung durch Verhütung

***Gabriela Heinrich**, stellvertretende menschenrechtspolitische Sprecherin:*

214 Millionen Frauen weltweit können oder dürfen nicht selbst entscheiden, ob oder wann sie schwanger werden wollen. Ungewollte Schwangerschaften sind die Folge, die oft hohe Risiken für Mutter und Kind bergen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert zum Weltverhütungstag am 26. September mehr Rechte, mehr Aufklärung und Zugang zu Verhütungsmitteln für Frauen, vor allem in Entwicklungsländern.

„Weltweit gibt es 89 Millionen ungewollte Schwangerschaften pro Jahr, von denen 36 Millionen für Mutter und Kind zu lebensgefährlichen Abtreibungen führen. Viele Frauen sind zum Zeitpunkt einer ungewollten Schwangerschaft noch sehr jung, eine Schwangerschaft kann für sie lebensgefährlich werden. Ohne die Möglichkeit die Kinderplanung selbst zu bestimmen, müssen Frauen ihre Bildungskarrieren abbrechen, Aufstiegschancen bleiben ihnen somit verwehrt.

Trotz vieler Fortschritte in der sexuellen Aufklärung gibt es immer wieder Rückschritte. In Tansania beispielweise wurde kürzlich verboten, Werbung für Familienplanung zu machen, Hilfsorganisationen werden an ihrer Arbeit gehindert. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich nachdrücklich dafür ein, dass Erreichtes erhalten bleibt und weiterhin Aufklärung über und Zugang zu Verhütung weltweit gefördert wird.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, den Zugang zu Verhütungsmitteln für alle Frauen weltweit zu gewährleisten. Oft fehlen grundlegende Informationen zu Empfängnis und Verhütung. Aufklärung ist die Grundvoraussetzung, damit Frauen selbstbestimmt über eine Schwangerschaft und deren Folgen entscheiden können. Ebenso wichtig ist, dass Jungen und Männer über Empfängnis und Verhütung aufgeklärt werden.“